

Around Europe - Deutsche Teilausgabe Nr 300 - März 2008

Augenzeugenbericht aus Palästina

Ich habe noch nie irgendwo gelebt, wo so viele Menschen, denen ich begegne als Studenten, Kollegen oder Bekannte, entweder schon selbst im Gefängnis saßen oder nahe Verwandte im Gefängnis haben.

Während meiner ersten paar Tage hier lernte ich eine Vierundzwanzigjährige kennen, die erst vor kurzem nach vier Jahren aus dem Gefängnis entlassen worden war; Das Leid, das sie durchgemacht hatte, stärkte ihre Entschlossenheit, ihre Schulausbildung zu beenden und in der Universität Jura zu studieren. Am anderen Ende des Spektrums erklärte mir eine Universitätslektorin in den Mittfünfzigern, dass keines ihrer Familienangehörigen eine Erlaubnis zum Besuch von Ostjerusalem bekommen könne, weil sie und ihr Bruder in ihrer Jugend politische Aktivisten gewesen waren - es sei alles in den Akten. Sie selbst war fünfmal im Gefängnis, gewöhnlich nur ein paar Tage, das Längste war ein Monat. Ich spreche hier über Mosleminnen, aber es hätten genauso gut Christinnen sein können, da beide hier in Palästina glücklich zusammenleben und arbeiten. Mein Klischee der unterdrückten moslemischen Frau ist etwas revidiert worden. Natürlich ist es eine Männer-dominierte patriarchalische Gesellschaft, aber eine hochgebildete, und Mädchen besuchen genau wie ihre Brüder die Universität. Knapp über die Hälfte der Studierenden an der Al-Quds-Universität sind Frauen, von denen etwa 10 Prozent kein Kopftuch tragen. (Anmerkung: Al Quds ist der arabische Name für Jerusalem).

Es überrascht nicht, dass die überwältigende Mehrheit der Gefängnisinsassen Männer und männliche Jugendliche sind, denn sie sind diejenigen, die Steine auf die israelischen Soldaten werfen.

Es war erfreulich zu erfahren, dass als Geste des guten Willens gegenüber der Fatah und dem Präsidenten der palästinensischen Verwaltung 300 Gefangene kurz nach Annapolis entlassen wurden. Genauere Untersuchungen haben gezeigt, dass die meisten ohnehin in den nächsten paar Wochen entlassen worden wären, weil sie ihre Strafe abgesessen hatten, und weitere 400 vor kurzem festgenommen wurden. Nächtliche Einsätze zur Verhaftung von ein paar Jugendlichen sind so üblich, dass niemand sich die Mühe macht, darüber zu berichten. Diese Jugendlichen können dann in Gewahrsam gehalten werden, der ständig wieder auf weitere Monate oder Jahre verlängert wird, ohne Zugang zu rechtlichem Beistand, bis ihr Fall endlich vor ein Militärgericht kommt, das Sechzehnjährige als Erwachsene behandelt...

Abu Dis, wo ich wohne, ist eigentlich ein Vorort von Ostjerusalem, aber es ist jetzt durch die Mauer abgeschnitten, die unser Leben dominiert. Die Universität hat 10.000 Studenten aus ganz Palästina und verfügt über einige beeindruckende neue Gebäude und wunderschöne Gärten, die von reichen Ölstaaten und der EU finanziert wurden, aber wenn man durch das prächtige steinerne Tor geht, stößt man sofort auf diese monströsen Zementblöcke, die sich durch die Landschaft schlängeln und die Menschen von ihrem Land und von ihren Tätigkeiten trennen. Jerusalem war früher mit dem Auto in sieben Minuten zu erreichen. Dort sind die Gotteshäuser, die Krankenhäuser, die Schulen und alle wichtigen Einrichtungen, und es war für Schulkinder zu

Fuß erreichbar. Einige Jahre konnten die Menschen die Checkpoints auf kleineren Fußwegen umgehen, aber inzwischen sind sie völlig abgeschnitten. Jetzt können 80 Prozent der Einwohner nur mit einem Erlaubnisschein rüber, auf den man wochen- oder monatelang warten muss, falls man einen triftigen Grund hat. Eine Einkaufsfahrt oder ein Besuch bei Verwandten oder einem Freund kommen nicht in Frage.

Die achtzigjährige Mutter der Familie, bei der ich wohne, hatte schon mehrere Termine in der Augenklinik von Jerusalem gehabt, und ich begleitete sie kürzlich zu einem Besuch. Zunächst fuhren wir zum Checkpoint am Stadtrand. Aber ihre Tochter, die Fahrerin, darf nicht durch, also fuhr sie wieder nach Hause. Ich ging mit der Mutter zu Fuß durch das scheppernde eiserne Drehkreuz zu dem schwer geschützten israelischen Soldaten, der ihren Passierschein und meinen Pass in allen Einzelheiten kontrollierte, und endlich durch zur anderen Seite, wo ihr Enkel, der in Jerusalem lebt, mit dem Auto wartete, um sie zur Klinik zu fahren. Glücklicherweise hatte sie einen gültigen Erlaubnisschein. Diesmal gab es keine lange Schlange und wir kamen ziemlich schnell durch. Aber das ist nicht immer der Fall... Verzögerungen an Checkpoints, selbst innerhalb des besetzten Territoriums des Westjordanlandes, sorgen häufig für Stress, weil man nie die Reisedauer planen kann - vorige Woche gab es an einer anderen Einfahrt eine Wartezeit von drei Stunden, und einige Leute ließen ihr Auto stehen und versuchten, zu Fuß nach Hause zu gehen. An einem anderen Tag kamen wir von einem Ausflug mit einer Jugendgruppe zurück und saßen in unserem Bus fast zwei Stunden fest, bevor wir unsere Fahrt fortsetzen durften. Der Zweck scheint zu sein, die Bevölkerung stetig zu zermürben und sie zum Verlassen des Landes zu bringen.

Meine Studenten lachten, als ich sie fragte, ob sie irgendwo schwimmen gehen konnten. Früher konnte man einen Tagesausflug zum Toten Meer machen. Nun ist es abgesperrt, und die Strände stehen nur den Israelis zur Verfügung. Die einzige Möglichkeit für Palästinenser besteht darin, das Land zu verlassen, nach Jordanien zu fahren und von dort aus das Tote Meer zu erreichen.

Als ich im Quäkerhaus von Ramallah saß und einem Vortrag von Jean Zaru lauschte, der über das Thema „Wie man Herrschaftsstrukturen begegnet“ sprach, erinnerte ich mich an meinen letzten Besuch 1991, als wir im selben Gebäude Andacht hielten, das jetzt kaum wiederzuerkennen war. Damals waren die Fenster eingeschlagen, der Regen sickerte durch das Dach und die Wände waren schmutzig und mit Graffiti bedeckt - das war während der ersten Intifada - aber trotz alledem waren wir erfüllt von vorsichtigem Optimismus. Heute ist das Quäkerhaus, das auch als das internationale Zentrum der Quäker dient, in makellosem Zustand, warm und freundlich, aber der Zustand von Palästina ist unendlich deprimierend. Gewalt sorgt für Nachrichten, also sind Raketenangriffe und das Töten ein paar Stunden in den Schlagzeilen, während die Gewalt im sozialen Gefüge nicht beachtet wird, und sie geht täglich weiter. Hier ist ein vielversprechendes Land, mit dem höchsten Bildungsniveau des ganzen Nahen Ostens, mit Tausenden von Nicht-Regierungs-Organisationen aus der ganzen Welt, dem erst kürzlich auf der Pariser Konferenz (nach Annapolis) riesige Geldbeträge versprochen wurden, dem aber eines fehlt, was es vor allem braucht - eine politische Lösung.

Die Menschen sind zerstritten, und es gibt keine politische Führung. Die demokratische Wahl von Hamas bei der letzten Wahl war für den Westen nicht akzeptabel, und der finanzielle Boykott hat das Leiden verstärkt.

Während ich schreibe, streiken die Lehrer, weil ihr bescheidens Gehalt nur zum Teil ausgezahlt wurde. Die Blockade von Gaza hat von Neuem den Nahostkonflikt ins Rampenlicht gerückt; Die Bewohner von Gaza haben die Grenzbefestigungen durchbrochen und ihre Freiheit geltend gemacht. Könnte das Niederreißen der Grenzzäune nach Ägypten der Anfang einer neuen und hoffnungsvolleren Phase sein? Kann die EU mehr tun, um die Situation zu beeinflussen, als einfach ihre Beobachter zur Grenze zurückzuschicken?

Pat Stapleton (zusammen mit Brian Stapleton Vertreterin von 1979 bis 1983)

Übersetzung: Eckard Teichert

Bürgerrechte* - Betrachtungen zur Situation in England

Bei der britischen Jahresversammlung 2007 waren Bürgerrechte ein wichtiger Punkt der Agenda: eine gut besuchte Versammlung um die Mittagszeit, in der das in den letzten zwei Jahren an Bedeutung zugenommene Anliegen (concern) besprochen wurde, bereitete die Freunde auf eine Plenumsitzung vor. Meistens hatte der Austausch über dieses wichtige Anliegen mittels einer E-Mail-Liste stattgefunden. Es gab nur einige persönliche Treffen, und es herrschte ein allgemeines Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber dem rapiden Schwund unserer Bürgerrechte.

Während der letzten zehn Jahre haben rasch aufeinander folgende Gesetzgebungsmaßnahmen unsere Rechte als Bürger ausgehöhlt. Unser Recht auf friedlichen Protest und auf Redefreiheit wird uns genommen; unsere Bewegungen und Telefongespräche werden überwacht; private Auskünfte über uns werden gesammelt und immer schneller gespeichert. Unsere Reisefreiheit wird eingeschränkt, da die Regierung strenge Sicherheitsmaßnahmen an „strategischen“ Bahnhöfen und Fährhäfen einführt; Beamte werden legal erworbene Visa bei der Einwanderungskontrolle für ungültig erklären können.

Private Angaben über uns befinden sich auf gut 600 Regierungs- und Privat-Datenbanken; die britische DNA-Datenbank ist die größte der Welt. Viele private Firmen haben Zugang zu offiziellen Daten, teilweise durch Unterverträge und spezielle Dienstleistungsunternehmen (subcontracting and outsourcing). Für ein Land wie England (UK), wo obligatorische Personalausweise nur als schwache Erinnerung an die Jahre während und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg existieren, trifft der Plan zu ihrer Wiedereinführung überall auf Widerstand. Die Menschen erinnern sich an die schleichende Zunahme von erhobenen Angaben in jenen Jahren, da die drei Angaben auf diesem Ausweis bei seiner Einführung bis zu seiner Abschaffung 1952 auf neununddreißig angewachsen waren. Während die Regierung plant, aus uns totaltransparente Wesen zu machen, haben kürzlich schwerwiegende Sicherheitslücken gezeigt, wie brüchig ihre Versprechungen sind, dass unsere Daten in sicheren Händen seien.

Wir werden in Dateneinheiten verwandelt. Einzelheiten über uns werden von Leuten in zielorientierter Weise verarbeitet, die den Menschen hinter der Statistik nicht wahrnehmen. Wir sind auf dem besten Wege, eine Überwachungsgesellschaft zu werden, da die dazu nötigen Gesetze mit harmlosen oder sogar langweilig klingenden Überschriften erlassen werden, oder durch Verordnungen, die keiner parlamentarischen Überprüfung bedürfen.

Natürlich ist das keinesfalls nur ein britisches Problem. Die deutsche Regierung plant eine Volkszählung mit der Absicht, Daten zu sammeln und zentral in einer Datenbank zu speichern; Websites und Zeitungen in Belgien und Frankreich beziehen sich auf George Orwell, wenn sie Pläne in ihren Ländern verurteilen; und der europäische Datenschutz- beauftragte warnte

kürzlich vor den europaweiten Schritten hin zu einer Überwachungs- gesellschaft, „wo automatisierte Entscheidungen getroffen und Technologien missbraucht werden, um das menschliche Verhalten zu regulieren.“

Angesichts dieser Situation erscheinen die Quäker irgendwie ratlos, wie sie darauf reagieren sollen. Glauben sie doch, dass es unsere Aufgabe ist, das Königreich Gottes sichtbar zu machen und sicher zu stellen, dass das Gemeinwesen in seinem Tun mit den Idealen des Königreichs übereinstimmt. Von diesen Idealen sind wir meilenweit entfernt. Ein Mitglied des Quäker-Bürgerrechtsnetzwerks hat folgendes Thema zur Diskussion in unseren Versammlungen (meetings) vorgeschlagen: „Wenn die Menschen später auf diesen Zeitraum zurückblicken - was aus dieser Periode werden sie als den eindeutigen Zeitpunkt auswählen, an dem der Weg hin zum Faschismus kippte?“

Im Ganzen gesehen, können wir besser reagieren, wenn es sich um Entwicklungen handelt wie zum Beispiel die Behandlung von Asylsuchenden, deren Bürgerrechte andauernd missachtet werden. Wenn eine Gesellschaft danach beurteilt wird, wie wir die Schwächsten behandeln, dann versagen wir kläglich. In den letzten anderthalb Jahren erfolgte die Gründung eines Quäker- Asyl- und Flüchtlings- Netzwerks als informell eingetragene Gruppe der Britischen Jahresversammlung. Gemeinsam mit anderen EU-Ländern hat England ein doppeltes Spiel getrieben und die Direktiven von 2004 - 5 zum Garantierten Minimum- Standard für den Prozess zur Asyl-Entscheidung unterschrieben; gleichzeitig jedoch wurden Gesetze und Vorschriften eingeführt, die in die entgegengesetzte Richtung führen.

Das bedeutet, man macht sich strafbar, wenn man keine Auskünfte gibt, die zur eigenen Ausweisung führen (Gesetz zur Behandlung von Antragstellern von 2004). Es wurde allerdings bis jetzt noch kein solcher Fall verhandelt. Die gleichzeitig eingeführten Meldebestimmungen dienen als Vorbereitung für die Ausweisung und bieten daher eine gute Gelegenheit für alle Arten von psychologischer Beeinflussung. Infolge einer Kabinettsorder wurde inzwischen der Flüchtlingsstatus vom Daueraufenthaltsrecht zu einem fünfjährigen Aufenthalt auf Bewährung heruntergestuft. 2008 befinden sich schätzungsweise 300.000 Asylsuchende in einem noch aufzuarbeitenden Rückstand (legacy backlog), das Erbe von Tony Blair. Zwar hat eine wachsende Anzahl von ihnen britische Partner und Kinder, aber ihnen wird weiterhin die Staatsbürgerschaft verweigert, wenn sie nicht freiwillig zurückgehen zu einer britischen Botschaft in ihrem Herkunftsland und dort ihr Glück versuchen, ein Heiratsvisum zu bekommen.

Neben zahlreichen illegalen Asylsuchenden gibt es eine große Anzahl, die von der Grenz- und Einwanderungsbehörde (Border and Immigration Agency) untergebracht sind, vorgeblich um der Europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen. Aber private Bauunternehmer und Sozialarbeiter werden dazu missbraucht, Türen aufzubrechen und in der Morgen- dämmerung Familien in Abschiebehafenzentren abzutransportieren. Einst waren sie Nutznießer des Gipfeltreffens von Lissabon von 1997 mit dem Grundsatz des Lebenslangen Lernens, wofür sich der junge Tony Blair eingesetzt hatte. Heute dagegen befinden sich die meisten Asylsuchenden schnell an oder jenseits der Grenze des Bildungsangebots, entsprechend seiner (Blairs) „hinterlassenen“ Vorschriften. Kurz gesagt: in England hat die Tendenz zur Festung Europa die Grenzen der Bürgerrechte ihrer potentiellen neuen Bürger stark eingeschränkt.

Barbara und David Forbes (Representatives von 1989 bis 1994)

Übersetzung: Christel Wieding

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstützungsgruppe
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

*Im Original: Civil Liberties = wörtlich: bürgerliche Freiheiten, im Deutschen ist jedoch in diesem Zusammenhang Bürgerrechte gebräuchlicher. (Anmerkung der Übersetzerin)